

Diskussion über das Thema Organspende

## Lebensrettende Entscheidung

**Jeden Tag sterben in Deutschland drei Menschen, die vergeblich auf eine Organspende gewartet haben. Politiker setzen sich daher für eine Änderung des Transplantationsgesetzes ein. Stelle ich Teile meines Körpers nach meinem Tod zur Rettung anderer Menschen zur Verfügung? Diese überaus persönliche Entscheidung muss jeder für sich treffen.**

Als Meike sechs Jahre alt ist, führt eine Erkrankung dazu, dass ihre Nieren versagen. Über vier Jahre hinweg bestimmen die Dialyse und regelmäßige Aufenthalte im Krankenhaus ihr Leben. Nach langem Warten erhält Meike schließlich eine Spenderniere und kann erstmals wieder ein normales Leben führen.

Die Deutsche Stiftung Organtransplantation kennt viele solcher Einzelschicksale. Allerdings gehen sie nicht immer so glimpflich aus wie in dem gerade geschilderten Fall. Bundesweit sterben jedes Jahr etwa 1000 Menschen während sie auf ein Spenderorgan warten. Dabei ist Umfragen zufolge eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger dazu bereit, selbst Organe zu spenden. Allerdings füllen nur wenige auch tatsächlich den erforderlichen Spenderausweis aus.

Parteiübergreifend machen sich Politiker dafür stark, an



Foto: Dron/fotolia

**Wann kommt die positive Nachricht? Vor allem für Kinder ist die Wartezeit auf ein Spenderorgan unerträglich.**

dieser Situation etwas zu ändern. Momentan zeichnet sich eine deutliche Mehrheit für die sogenannte „Entscheidungslösung“ ab. Hierbei soll jeder Bürger mindestens einmal in

seinem Leben – etwa beim Ausstellen des Personalausweises oder des Führerscheins – mit der Frage der Organspende konfrontiert werden. Eine Pflicht zur Entscheidung soll es jedoch nicht geben.

Als nicht mehrheitsfähig gilt dagegen die sogenannte Widerspruchslösung. Danach würde jeder Mensch automatisch als Organspender gelten, es sei denn er hätte explizit seinen Widerspruch dagegen bekundet.

Experten machen über die diskutierte Änderung des Transplantationsgesetzes hinaus jedoch die mangelhafte Umsetzung bestehender Regelungen für die aktuelle Situation verantwortlich. Die Deutsche Stiftung Organtransplantation kritisiert die schlechte Organisation in den einzelnen Bundesländern und fordert daher den verstärkten Einsatz von Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern. job



Foto: Rolf Barthel

**V.li.: Hannelore Loskill (BAG Selbsthilfe), Ministerin Ursula von der Leyen, Martina Puschke (Weibernetz), Claudia Tietz (SoVD), Jens Kaffenberger (VdK) und Barbara Vieweg (Weibernetz).**

SoVD fordert Überarbeitung des Aktionsplans

## Chance nutzen

**Der von den Verbänden für Menschen mit Behinderung massiv kritisierte Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention wurde vom Bundeskabinett verabschiedet. Der SoVD fordert eine Überarbeitung im Zuge der parlamentarischen Beratungen, damit die in der Konvention festgeschriebenen Menschenrechte in Deutschland verwirklicht werden können. Diese Forderung wurde auch bei einem Gespräch mit Bundesministerin Ursula von der Leyen bekräftigt.**

„Der Nationale Aktionsplan ist in seiner jetzigen Form enttäuschend mutlos, denn er ist nicht strategisch ausgerichtet und muss sich die Bezeichnung Plan erst noch verdienen“, erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer zum Kabinettsbeschluss am 15. Juni. Die massive Kritik der Verbände im Vorfeld wurde nur geringfügig berücksichtigt. Durchsetzen konnte sich der SoVD mit seiner Kritik zu einem Passus, wonach die meisten erwerbslosen Menschen mit Behinderung solche sein könnten, „die nicht am Erwerbsleben teilhaben wollen oder nicht erwerbsfähig (...) sind“. Diese aus Sicht des SoVD nicht hinnehmbare Stigmatisierung behinderter Menschen wurde gestrichen. Auch in den Bereichen Bildung und Arbeit sind Nachbesserungen und ein in Gesetzen verankertes Herangehen notwendig. „Der SoVD fordert die an den parlamentarischen Beratungen beteiligten Akteure dazu auf, den Aktionsplan zu überarbeiten und die Chance für eine Umsetzung der Behindertenrechtskonvention nicht zu vergeben“, so Bauer.

Der Aktionsplan und dessen Kritik war auch Inhalt eines Gesprächs von Vertretern des Deutschen Behindertenrates mit Bundesarbeits- und -sozialministerin Ursula von der Leyen. Sie warb für Verständnis, dass nicht alle Forderungen umgesetzt werden könnten. Der SoVD wird die Umsetzung des Aktionsplans weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten.

SoVD trifft österreichischen Schwesterverband

## Partnerverbände vertiefen Dialog

**Am 5. Mai fand in Wien unter dem Motto „66 Jahre KOBV Österreich – Freiwilliges Engagement bewegt“ der 22. ordentliche Delegiertentag des Kriegsopfer- und Behindertenverbandes Österreich (KOBV) statt.**

Der KOBV ist das Spiegelbild des SoVD in Österreich: Beide Verbände sind aktive Sozialverbände mit vielen zeitgemäßen Dienstleistungen für die Mitglieder. Trotzdem fühlen sie sich ihrer Tradition und besonderer Bedeutung als Kriegsopferverbände verpflichtet. Beide Verbände bieten ihren Mitgliedern eine kompetente Sozialberatung zu allen Fragen des Sozialrechts,

ein abwechslungsreiches Verbandsleben vor Ort und sind Träger von Erholungszentren. Beide Verbände setzen sich als parteipolitisch und konfessionell neutrale sozialpolitische Interessenverbände für soziale Gerechtigkeit ein.

Präsident Bauer hob in seiner Rede auf der Festveranstaltung des Delegiertentages die Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit anderen

europäischen Kriegsopfer- und Behindertenverbänden hervor. Aufgrund der Aktualität des Themas beschäftigte er sich in seiner Rede vor allem mit den Entwicklungen in der Behindertenpolitik und verglich den Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in beiden Ländern. Die Chancen, die Politik im eigenen Land besser zu gestalten, indem man sich an guten Beispielen in Nachbarländern orientiert oder die dort gemachten Erfahrungen in die eigene Arbeit einfließen lässt, seien vielfältig. Auch bei vielen gesetzgeberischen Vorhaben der Europäischen Union könne man durch eine enge Zusammenarbeit noch besser Einfluss im Sinne der Mitglieder nehmen.

Am Rande des Delegiertentages kamen KOBV-Präsident Mag. Michael Svoboda und SoVD-Präsident Adolf Bauer zu Gesprächen zusammen. Sie trennten sich mit dem Versprechen, den Dialog der beiden Partnerverbände weiter zu vertiefen.



**Michael Svoboda, Präsident des KOBV (rechts), und Adolf Bauer, SoVD-Präsident, im Gespräch.**

## Bundesweit freie Fahrt

Ab 1. September haben schwerbehinderte Menschen freie Fahrt. Die rund 1,4 Millionen Betroffenen dürfen im ganzen Bundesgebiet Regionalbahn, Regionalexpress, Interregio-Express sowie S-Bahnen kostenfrei nutzen. Voraussetzung dafür ist der grün-rote Schwerbehindertenausweis und ein Beiblatt des Versorgungsamtes mit gültiger Wertmarke; ein Extra-Ticket ist nicht nötig. Die Bestimmungen für Begleitpersonen, die Mitnahme eines Hundes und für kostenlose Platzreservierung bleiben bestehen.



Foto: happyone/fotolia

**Die Problematik, dass nicht alle Bahnhöfe barrierefrei zugänglich sind, bleibt bestehen.**